

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	115
		TOP:	27
	Verhandlung	Drucksache:	67/2019
		GZ:	SOS 5674-09
Sitzungstermin:	13.03.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Schairer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	13. Stuttgarter Bürgerumfrage		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 20.02.2019, öffentlich, Nr. 54

Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Sicherheit, Ordnung und Sport vom 19.02.2019, GRDRs 67/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Herr Dr. Schmitz-Veltin (StatA) trägt vor, auch für die 13. Stuttgarter Bürgerumfrage habe es erfreulich viele Anregungen und Vorschläge gegeben. Letztlich habe allerdings nicht alles aufgegriffen werden können. Zu der von StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) problematisierten Begrifflichkeit "Fremde" teilt er mit, dies sei bereits in der Vergangenheit thematisiert worden. Auch er sieht diesen Begriff an dieser Stelle als schwierig an. Aber letztendlich sehe das Statistische Amt die Frage "Inwieweit werden Fremde in der Stadt als Problem wahrgenommen?" deswegen als interessant an, da Antworten durchaus Aussagen über diesbezüglich bestehende Einstellungen zuließen. Gegenüber StR Rockenbauch sagt BM Dr. Schairer eine Überprüfung zu. Eine Ideologie stehe nicht hinter dem Festhalten an diesem Begriff, sondern Statistiker würden generell Fragen nur ungern verändern, da dann die Vergleichbarkeit verloren gehe.

Weiter spricht StR Rockenbauch die strategische Bodenvorratspolitik der Landeshauptstadt an. Er bedauert, dass die folgenden Punkte, die seine Fraktionsgemeinschaft angeregt hat, nicht aufgegriffen wurden:

- Vorrangig sollte zukünftig leistbarer Wohnraum in städtischem Eigentum gebaut werden.
- Die Stadt soll keine Flächen mehr verkaufen.

Laut Herrn Dr. Schmitz-Veltin hat bezüglich des entsprechenden Frageblocks der Wunsch bestanden, genau dieselben Abfragen wie bei der 12. Bürgerumfrage vorzunehmen, um eine Vergleichbarkeit zu erreichen. Die Aufnahme von zwei weiteren Items hätte zudem zu Platznöten geführt.

Indem Herr Dr. Schmitz-Veltin eine Frage von StR Dr. Reiners (CDU) beantwortet, teilt er mit, wenn alles wie vorgesehen ablaufe, werde mit der Bürgerumfrage Mitte April, eine Woche vor Ostern, begonnen. Die Umfrage ende nach der Gemeinderatswahl. Vor der Wahl (26.05.2019) würden keine Ergebnisse veröffentlicht.

Durch StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE) wird der Punkt 20 "Verkehr" angesprochen. Hinsichtlich der dort verwendeten Begriffe Pedelec und E-Bike stellt sich für sie die Frage, da ein E-Bike eigentlich ein E-Moped darstelle, ob dies auch mit der Abfrage gemeint sei. Nach Kenntnis von Herrn Dr. Schmitz-Veltin sind diese Bezeichnungen bereits in einer Zeit verwendet worden, als noch nicht absehbar war, welche Begriffe sich letztlich durchsetzen. Seiner Wahrnehmung nach werden Pedelecs teilweise immer noch als E-Bikes bezeichnet. Wichtig sei, einen Begriff zu verwenden, der verstanden werde. StRin Dr. Lehmann schlägt daraufhin die Bezeichnung E-Fahrrad vor. Von BM Dr. Schairer wird zugesagt, auch diesen Punkt zu überprüfen. Er kündigt an, hierzu die Straßenverkehrsbehörde hinzuzuziehen.

Weiter zu Punkt 20 stellt sich für StRin von Stein (FW) die Frage, weshalb hier nicht auch die Mobilität von Rentnern hinterfragt wird. Durch Herrn Dr. Schmitz-Veltin wird zugesagt, diesen Punkt sowie die von StRin Deparnay-Grunenberg (90/GRÜNE) vorgeschlagene Begrifflichkeit "Hauptaktivität" als Anregungen für die nächste Umfrage mitzunehmen.

Gegen Ende der Aussprache hebt Herr Freitag (GPR) auf die Frage 8 ab. Dort werde abgefragt, wie die Schwerpunkte in der öffentlichen Daseinsvorsorge gesetzt werden sollen. Dass „Schwaben“ gefragt würden, ob Geld ausgegeben oder eingespart werden solle, sieht er nicht als zielführend an. Hier müsse eine andere Formulierung gefunden werden. An dieser Stelle weist BM Dr. Schairer auf die Internationalität Stuttgarts hin. Aber auch diesen Aspekt nehme die Verwaltung mit.

Abschließend stellt BM Dr. Schairer fest:

Der Verwaltungsausschuss hat von der GRDRs 67/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat SOS
zur Weiterbehandlung
Statistisches Amt (2)
Amt für öffentliche Ordnung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
AKR-DSB
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchÜB
 9. AfD
 10. LKR